

James Petras, ein emeritierter US-Professor für Soziologie, beschuldigt die Demokratische Partei der USA und andere Parteien der Linken Mitte zu Handlangern des Kapitalismus geworden zu sein und ihre Wähler verraten zu haben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 217/10 – 15.11.10**

Das Debakel der Demokratischen Partei und der Niedergang der Linken Mitte: Ein weltweiter Trend

Von James Petras

THE JAMES PETRAS WEBSITE, 05.11.10

(<http://petras.lahaine.org/articulo.php?p=1826&more=1&c=1>)

Das Wahldebakel, das die Demokratische Partei der USA am 2. November 2010 erlebte, kann nicht allein der erfolglosen Politik des Präsidenten Obama, der demokratischen Führung des Kongresses oder ihren führenden Wirtschaftsberatern zugeschrieben werden. Außerdem ist der Niedergang der Linken Mitte nicht auf die USA beschränkt – es handelt sich um eine weltweite Entwicklung, die auch in so unterschiedlichen Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien, Großbritannien und Japan zu beobachten ist.

Die zentrale Frage ist deshalb, warum Parteien, die eine Regierung der Linken Mitte gebildet haben, überall in eine Krise geraten sind und sich auf absehbare Zeit auch nicht daraus befreien können?

Die Linke Mitte: Aus Gewinnern sind Verlierer geworden

Bisher haben von kapitalistischen Krisen immer die linken Parteien profitiert. Amtierende konservative Regierungen, die für Wirtschaftskrisen oder militärische Debakel verantwortlich gemacht wurden, verloren die politische Macht an linke Parteien, weil die zu langfristigen öffentlichen Investitionen bereit waren und sie durch progressive Steuern auf Besitz und Kapital finanzierten, also die Reichen dafür bezahlen ließen.

Im Gegensatz dazu versuchen Regierungen der Linken Mitte die krisengeschüttelte Wirtschaft heute dadurch zu beleben, dass sie harte sozialpolitische Eingriffe vornehmen, also die Löhne, die sozialen Programme, die Renten und die Unterstützung der Arbeitslosen kürzen, um die großen Finanzinstitute und Konzerne retten zu können.

Infolgedessen ist die Linke Mitte in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zum großen politischen Verlierer geworden, denn die Masse ihrer früheren Wähler aus der Arbeiterklasse und unter den Angestellten steht ihr jetzt feindlich und ablehnend gegenüber.

Wo auch immer die Linke in den letzten Jahren Wahlsiege erringen konnte, fand eine starke Polarisierung zwischen ihrer Wählerbasis und der an der Regierung beteiligten Parteiführung statt. Nirgendwo hat es die Linke gewagt, die Macht und die Privilegien der herrschenden Klasse der Bankiers und Kapitalanleger, welche die Krise verursacht hat, auch nur anzutasten. Stattdessen haben die Parteien der Linken Mitte mit perverser und reaktionärer Logik unter Ausnutzung der staatlichen Gewalt über entsprechende Maßnahmen des Finanzministeriums die Kapitalisten refinanziert und gleichzeitig mit Hilfe der Polizei und der Justiz die Arbeiterklasse unterdrückt; in den Massenmedien versuchten sie ihre repressive Politik durch ständigen Warnungen vor einem drohenden Chaos zu rechtfertigen.

In Griechenland hat die regierende Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung / PASOK (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Panellinio_Sozialistiko_Kinima) mehrere zehntausend Regierungsangestellte entlassen, und durch ihre rigide Sparpolitik einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 8 auf 14 Prozent verursacht. Sie hat das Rentenalter erhöht, die Renten und andere Sozialausgaben gekürzt und die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen angehoben, während in- und ausländische Banken, Reeder und ausländische Kapitalanleger ihren Besitz weiter vermehren und verschleiern können.

Eine ähnliche Politik wird in Spanien und Portugal betrieben; auch dort wurden die Gehälter und die Stellen im Öffentlichen Dienst verringert, die Renten und andere Sozialausgaben gekürzt; weil gleichzeitig auch der Kündigungsschutz stark eingeschränkt wurde, können die Arbeitgeber jetzt so uneingeschränkt einstellen und entlassen wie nie zuvor.

Länger als ein Jahrzehnt ließ die Führung der britischen Labour Party (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Labour_Party) völlig unregulierte Finanz- und Immobilienspekulationen zu, bis diese schließlich die Wirtschaftskrise verursachten; ihre herannahende Niederlage wollte sie dann mit Massenentlassungen (im Öffentlichen Dienst) und durch Kürzung der Sozialausgaben verhindern.

In den USA wurden Obama und die Demokraten gewählt, weil sie versprochen hatten, den Arbeitern und Angestellten zu helfen, die durch den Zusammenbruch der Wall Street ihre Jobs verloren hatten. Stattdessen gab das Weiße Haus Billionen Steuerdollars zur Rettung der großen Banken und Finanzinstitute aus, die mit ihren Spekulationen den Zusammenbruch verursacht hatten, während die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung auf über 20 Prozent anstiegen und 10 Millionen Hausbesitzer ihre Häuser durch Zwangsversteigerung verloren.

Warum hat die Linke Mitte die Krise vertieft?

Im Laufe der letzten 30 Jahre sind die Parteien der Linken Mitte, die einmal die Interessen der Arbeiter vertraten und sich für soziale Reformen einsetzten, zu Handlangern des kapitalistischen Systems geworden – sie haben sogar den parasitärsten und spekulativsten Kapitalisten den Weg geebnet. So lange die kapitalistische Profite wuchsen und spekulative Investitionen sich lohnten, hofften die Regierungen der Linken Mitte, genügend Steuereinnahmen zu erzielen, um sich Sozialausgaben in einem Umfang leisten zu können, der gerade ausreichte, ihre Wähler bei Laune zu halten. Gleichzeitig beseitigten die Parteien der linken Mitte systematisch die letzten Spuren einer sozialistischen, auf soziale Fürsorge und Umverteilung von oben nach unten ausgerichteten Alternative.

Die Führung der Linken Mitte war nicht einmal bereit, über Alternativen zu ihrer Politik der Begünstigung des großen Banken- und Konzernkapitals nachzudenken, als das die Finanzkrise verursachte. Als es in Jahren 2007 bis 2010 zu dem großen Crash kam, war das komplette Führungspersonal der Linken Mitte so tief in die Institutionen, die Mächtschaften und die Praktiken führenden Privatbanken verstrickt, dass der einzige Lösungsvorschlag, zu dem es fähig war, die Rettung der Finanzspekulanten mit Steuergeldern vorsah. Mit anderen Worten, die Linke Mitte der USA und Europas war bereit, mehr als 50 Jahre sozialen Fortschritt einfach über Bord gehen zu lassen. Die bisherigen Bande zu ihren Wählern in der Arbeiterklasse, in den verbündeten Gewerkschaften, unter den Angestellten des öffentlichen Dienstes und unter den Rentnern wurden gekappt, keine dieser Wählergruppen wurde verschont. Das einzige Interesse, das für die Parteien der Linken Mitte zählte, war die Wiederherstellung der Bedingungen, die den großen in- und ausländischen Kapitalanlegern die Rentabilität ihrer Investitionen sicherte.

Der schwere Konjunkturunbruch zwang die Parteien der Linken Mitte, ihre bisherige Behauptung aufzugeben, sie könnten gleichzeitig die Banker, die Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die Gewerkschaften und die Arbeiter, die Kapitalanleger und die Rentner zufriedenstellen. Die Krise offenbarte die tiefe Kluft, welche die Arbeiterklasse von den politischen Führern der Linken Mitte trennt.

Die harten Sparmaßnahmen, die alle 3 bis 6 Monate nur die Arbeiterklasse treffen, während die Kapitalisten immer wieder riesige Subventionen erhalten, offenbaren die wahren Absichten der gegenwärtig noch amtierenden Regierungen der Linken Mitte. Ihre Entscheidung stand nie in Frage: Alle seit Beginn ihrer Amtszeit getroffenen wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und die nachfolgenden Abmachungen mit den führenden Banken der Welt, zeigen, dass die Regierungen unter Papandreou in Griechenland, unter Sócrates in Portugal, unter Zapatero in Spanien und unter Obama in den USA dazu bereit sind, die volle Macht der jeweiligen Staaten zur Schröpfung der Arbeiter einzusetzen, um die Kapitalisten retten zu können.

Die Folgen der Politik und der Praktiken der Linken Mitte

Vom Anfang an entschieden sich die Parteien der Linken Mitte dafür, immer mit den Bankiers zu verhandeln und ihnen alle erwarteten Zugeständnisse zu machen, aber keinesfalls mit den Arbeitern zu verhandeln und irgendwelche Kompromisse mit ihnen einzugehen. Die Rezession war zu tief und die Interessen der Kapitalisten waren zu wichtig und deren Finanzinstitute "zu bedeutend, um sie scheitern zu lassen"; die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung waren in den Augen der Parteien der Linken Mitte aber eher bedeutungslos. Man dachte: "Lasst sie doch demonstrieren und auf den Straßen ihre Parolen brüllen!" (Bei uns müsste es sogar heißen: "Lasst sie doch in ihre Plastik-Trillerpfeifen blasen!"). Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung verdoppelten sich überall. Die bewährten Stillhalteabkommen zwischen den Gewerkschaften und den Parteien der Linken Mitte gerieten überall – außer in den USA und in Großbritannien – unter starken Druck, der von den Betriebsversammlungen der Arbeiter, von Treffen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und von Zusammenkünften der Rentner in Seniorenzentren ausging.

In Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und Italien wurde wiederholt zu Generalstreiks aufgerufen. Die Regierungen der linken Mitte weigerten sich strikt, den Arbeitern irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die Krisen und Sparmaßnahmen ließen richtige Klassenkämpfe aufflammen: Aber die Regierungen der Linken Mitte sind entschlossen, die Erfolge aus 50 Jahren Arbeitskampf einfach wieder abzuschaffen. Die Generalstreiks waren Verteidigungskämpfe, um hart erarbeitete Verbesserungen und einen menschenwürdigen Lebensstandard zu sichern. Arbeitern überall in Europa wurden dabei auch die erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen in den USA bewusst, wo die Gewerkschaften zu Fußabtretern geworden sind und die millionenschweren Gewerkschafts-Bosse mit den Beiträgen ihrer Mitglieder die Demokraten mitfinanzieren und die Privilegien und den Reichtum der Gewerkschafts-Bürokratie mehren.

Schlussfolgerungen

Die Regierungen der Linken Mitte werden bei den nächsten Wahlen einen hohen Preis dafür bezahlen müssen, dass sie die Arbeiterklasse im Stich gelassen haben, um die Banker retten zu können: Die jüngste Wahlniederlage Obamas ist nur der Auftakt für die kommenden Wahlniederlagen der spanischen, griechischen und portugiesischen Sozialisten und anderer regierender Parteien der Linken Mitte. Mit ihrem harten Sparkurs haben sie sich "zwischen zwei Stühle" gesetzt: Sie haben die Arbeiter verraten und sind zu den Kapi-

talisten übergelaufen; aber diese haben bereits ihre eigenen "natürlichen" Verbündeten – die konservativen kapitalistischen Parteien. Die "extreme Rechte" ist überall auf dem Vormarsch, weil ihr das Debakel der Parteien der Linken Mitte die Möglichkeit eröffnet, den Frontalangriff auf die Arbeiterrechte, die Sozialversicherung und die letzten Reste des Rechtsstaats zu verschärfen und auszuweiten.

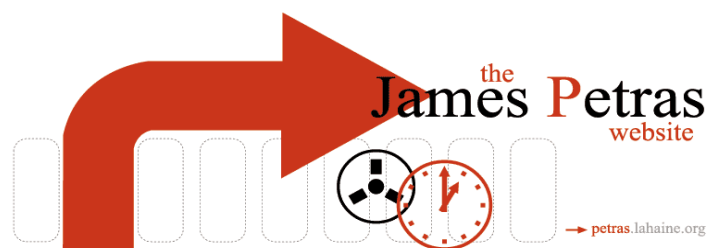
Für die zum Widerstand bereiten Arbeiter in südeuropäischen Ländern, die auch mit diesem Angriff konfrontiert sind, ist der Generalstreik, den es seit über einem Jahrhundert in den USA nicht mehr gegeben hat, die wichtigste Waffe. Trotzdem ist es wegen der mit Unterstützung der herrschenden Klasse Europas und der USA rücksichtslos durchgesetzten Sparmaßnahmen klar, dass die positive Erfahrung der Solidarität der Arbeiterklasse nicht ausreichen wird (um den rigiden Sparkurs zu stoppen). In Griechenland gab es schon ein halbes Dutzend Generalstreiks. Ganz Frankreich wurde durch einen landesweiten Streik lahmgelegt. In Spanien wird es auch dazu kommen. Aber die dort herrschenden Regierungen der Linken Mitte werden noch jahrelang die Rechte der Arbeiter abbauen und deren Lebensstandard senken.

Wie ist dann der kapitalistische Moloch zu stoppen und zu besiegen? Es ist klar, dass die Parteien der Linken Mitte, die wir kennen, Teil des Problems und nicht die Lösung sind. Werden sich aus der Arbeiterklasse neue Parteien und Bewegungen entwickeln, die mit großen Generalstreiks auch die Macht im Staat zu übernehmen versuchen? Wird der wachsende Zulauf zu den Rechten bei der nächsten Wahl auch die Linken stärken?

In den USA zeichnet sich diese Polarisierung zwischen Linken und Rechten jedenfalls noch nicht am Horizont ab; hier sind die meisten Führer der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen fest in die Demokratische Partei eingebunden. Im Gegensatz dazu werden sich in Europa – besonders in Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien – die außerparlamentarischen Massenbewegungen wahrscheinlich weiter ausbreiten; wenn sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen weiter verschlechtern, könnte vielleicht sogar bald das Gespenst von Volksaufständen in Europa umgehen. (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Manifest_der_Kommunistischen_Partei)

<http://petras.lahaine.org/>

(Wir haben den Artikel, dessen Kernaussagen auch für die SPD, DIE GRÜNEN und große Teile der Partei DIE LINKE, also alle Parteien der Linken Mitte in der Bundesrepublik Deutschland, gelten, komplett übersetzt und mit einigen Links in Klammern versehen. Informationen über James Petras, den Verfasser dieses Artikels, sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/James_Petras . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Democratic Party Debacle and the Demise of the Left-Center Left: A Worldwide Trend

By James Petras, November 5, 2010

The November 2, 2010 electoral debacle of the Democratic Party in the US cannot be so-

lery ascribed to the failed policies of President Obama, the Congressional leadership or their senior economic advisers. Nor is the demise of what passes for the American “center-left” confined to the US – it is a world-wide pattern, expressed in countries as diverse as Greece, Portugal, Spain, Great Britain and Japan.

The central question is why the left-center left governing parties are everywhere in crisis and will be for the foreseeable future?

The Left-Center Left: Past Winners, Present Losers

In the past leftist parties had been the beneficiaries of capitalist crises: Incumbent conservative regimes, which had presided over economic recessions or had been held responsible for military debacles, were ousted from power by leftist parties prepared to make large-scale, long-term public investments, funded by progressive taxes on wealth and capital, and to impose austerity programs on the rich and wealthy.

In contrast, today the left/center-left (L-CL) regimes preside over crisis-ridden capitalist economies and administer regressive socio-economic policies designed to promote the recovery of the biggest financial and corporate enterprises while rolling back wages, social programs, pensions and unemployment benefits.

As a result, the L-CL has become the prime political loser in the current economic crisis, reaping hostility and rejection from the great mass of its former working class and salaried supporters.

Wherever the Left has been elected in recent years, a deep polarization developed between its electoral base and the governing party leadership. Nowhere has the Left dared to infringe on the power and prerogatives of the very capitalist class of bankers and investors, who caused the crisis. Instead with perverse and reactionary logic the Left-Center Left parties have wielded stated power through the treasury to refinance capital, through the police and judiciary to repress labor and through the mass media to justify its regressive policies (especially via anti-‘chaos’ hysteria).

In Greece, the Pan-Hellenic Socialist regime (PASOK) has fired tens of thousands of public employees and its tight fiscal policies have raised unemployment from 8% to 14%. It has increased the age of retirement, reduced pensions and welfare provisions and raised fees for public services, while foreign and domestic bankers, ship owners and overseas investors have benefited by accumulating property and distressed enterprises on the cheap.

Similar policies have been adopted in Spain and Portugal where public employees’ salaries and jobs have been slashed, pensions and welfare payments have been reduced, job security has been deregulated and employers are free to hire and fire as never before.

Prior to the British Labor Party’s defeat, after more than a decade of promoting wild unregulated financial and real-estate speculation leading to the economic crash, the Labor leadership was planning massive layoffs and cuts in social programs.

In the United States, Obama and the Democrats were elected, on the basis of their promises to redress the grievances of the workers and salaried employees, who had been battered by the collapse of Wall Street. Instead, the White House poured trillions of tax dollars to rescue the major banking, financial and speculative institutions responsible for the collapse while unemployment and underemployment has climbed to over 20% and 10 million homeowners lost their homes through mortgage foreclosures.

Why the L-CL Deepens the Crises

Over the past 30 years the L-CL parties, which were once identified with working class interests and welfare reforms, have become deeply embedded in managing the capitalist system - going so far as to promote the most parasitic and volatile forms of speculative capital. As long as capitalist profits grew and speculative investments grew, the L-CL regimes believed that sufficient tax revenue would accrue to allow for a degree of social spending to pacify their popular voting constituency. The L-CL parties systematically eliminated the last traces of a socialist, social welfare or redistributive alternative.

The L-CL political leadership was unwilling to envision an alternative to their promotion of the policies of big corporate and banking interests as they led to financial crisis. When the big crash of 2007-2010 took place, the entire leadership of the L-CL was so deeply embedded in the institutions, policies and practices of the leading private financial structures, that the only solution they were capable of proposing was to sacrifice the public treasury in order to restore capitalist leaders and speculative institution to profitability. In other words, the U.S and European L-CL parties were prepared to jettison over 50 years of social advances. The past ties to their working-class voters, trade union allies, public employees and pensioners were severed, none were spared. The only interest that mattered to the L-CL parties was to restore conditions for profitability to benefit big overseas and domestic investors.

This economic recession has forced the L-CL parties to give up any pretext that they could satisfy bankers and public employees, corporations and workers, investors and pensioners. The crisis revealed the profound distance separating the working class from the political leaders of the L-CL.

The savage class austerity measures, repeatedly imposed on the working class every 3-6 months, in contrast to the vast and repeated subsidies to capital, reveal the true vocation of the current L-CL regimes. There was never a question of choice: From their entry into the government and from their leading economic appointments, to their subsequent agreements with the world's leading banks, it has become obvious that the Papandreu (Greece), Socrates (Portugal), Zapatero (Spain) and Obama (USA) regimes were prepared to use the full power of the state to sacrifice labor to save capital.

Consequences of L-CL Policies and Practices

From the start, the L-CL parties decided there was everything to negotiate (and concede) with the bankers and nothing to negotiate and compromise with Labor. The recession was too profound, capitalist interests and institutions were "too big to fail", and labor was, in the eyes of the L-CL parties, too expendable: 'Let them march and yell in the streets'. Unemployment and under-employment climbed to double digits everywhere. The old arrangements of accommodation between the trade unions and the L-CL parties came under intense pressure everywhere (except in the US and UK) from the workers in factory assemblies, the offices of the public employees, and among the pensioners in the senior centers.

Repeated general strikes broke out in France, Spain, Portugal, Greece and Italy. The L-CL regimes absolutely refused to make any concession to the workers. The crises and austerity policies became the base for a real class war: The Left-Center Left regimes were determined to roll back over 50 years of working class advances. The general strikes were defensive battles to protect hard won advances in decent living standards. Workers everywhere in Europe recognized the abominable working and welfare conditions in the US, where trade unions have become doormats and the millionaire trade union bosses

continue to use union funds to bankroll the Democrats and protect the bureaucracy's privileges and wealth.

Conclusion

The Left-Center Left regimes are paying a high electoral price for sacrificing the working class in order to save the bankers: Obama's recent electoral defeat is only a forerunner of future losses for the Spanish, Greek, Portuguese Socialists and other L-CL regimes. Their austerity policies have led them to 'fall between two chairs': They alienate workers and strengthen the capitalist class, which already has its own "natural" conservative capitalist parties. The "hard right" everywhere is advancing, sensing the debacle of the center-left as an opportunity to deepen and widen the frontal assault on labor rights, social welfare and any semblance of legal protection.

Faced with this assault, the main defense of militant workers in Southern Europe is the general strike, (totally absent for over a century in the US). But even so, given the ferocious backing of all of Europe's (and the US) ruling classes for the regressive austerity policies, it is becoming clear that the positive experience of massive class solidarity is not enough. Greece has had half dozen general strikes. France has been shut down by a nationwide strike. Spain has more to come. But their L-CL rulers continue slashing and burning workers rights and living standards now and for years to come.

What will it take to stop and reverse this capitalist juggernaut? It is clear, that the L-CL parties, as we know them, are part of the problem and not the solution. Will new working class parties and movements emerge that can combine mass general strikes with challenges for state power? Will the rising power of the electoral right lead to a parallel rise of the left?

As of today, little or nothing of a left-right political polarization appears on the horizon in the United States where most of the union and social movement leaders are tied to the Democratic Party. In contrast, in Europe, particularly in France, Greece, Portugal and Spain, extra-parliamentary mass struggles will continue and perhaps intensify, raising the specter of possible popular uprisings as conditions continue to deteriorate.

<http://petras.lahaine.org/>

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern